

Entspannung bei Asyl-Unterbringung

Anschlussunterbringung gewinnt an Bedeutung

Baden-Baden (bek). Von relativer Entspannung berichtete Bürgermeister Michal Geggus im Gemeinderat bezüglich der Flüchtlingsunterbringung. Im Januar sind nur noch neun Menschen Baden-Baden zugewiesen worden. Wesentliches Merkmal in diesem Jahr werde sein, dass zahlreiche Asylbewerber nach zwei Jahren Aufenthalt aus den Gemeinschaftsunterkünften in die sogenannte Anschlussunterbringung überführt werden müssten. Hilfreich sei hierbei eine gesetzliche Änderung, wonach jetzt auch Gemeinschaftsunterkünfte in Gewerbegebieten in Anschlussunterkünfte umgewandelt werden könnten.

Fachbereichsleiterin Iska Dürr rechnete vor, dass zum Jahresende 2016 611 Personen in Gemeinschafts-Einrichtungen und 276 Personen in der Anschlussunterbringung untergebracht waren. Im Laufe des Jahres 2017 würden voraussichtlich 314 Personen von den Gemeinschaftseinrichtungen in die Anschlussunterbringung durch Anerkennung, Duldung oder Ablauf der 24-Monatsfrist wandern. Die Stadt rechnet zudem 2017 mit einem Zugang in die Gemeinschaftsunterkunft von 100 Personen.

In der Folge sollen mit Ausnahme der Unterkünfte am Waldseeplatz, Kloster Maria Frieden und Im Rollfeld 1 alle an-

deren für die Anschlussunterbringung umgewidmet werden. Der Unterschied: In der Anschlussunterbringung besteht ein Anspruch von zehn Quadratmeter Wohnfläche. Die Plätze im Haitzenacker werden vorläufig nicht benötigt, die Quartiere im Hotel Abarin und im alten Vincentius-Haus werden aufgegeben.

Zum Jahresende waren in Baden-Baden laut Iska Dürr 887 Flüchtlinge in städtischen Unterkünften untergebracht. 632 Personen hatten Leistungsanspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und 255 Personen verfügen über ein eigenes Erwerbseinkommen. 28 Frauen und Kinder entfallen auf das Sonderkontingent Nord-Irak.

Bei der Betreuung kündigte Iska Dürr im Zusammenhang mit der stärkeren Anschlussunterbringung auch einen Wechsel im Konzept an. Nicht mehr das Hingehen stünde im Vordergrund, sondern das Herkommen. Ziel sei es, die Menschen auf die normalen Beratungsstellen vorzubereiten.

Auf Anfrage von Beate Böhlen räumte Bürgermeister Michael Geggus ein, dass es in den Quartieren am Waldseeplatz Probleme mit Schwitzwasser gegeben haben. Diese baulichen Mängel würden derzeit auf Kosten der betreffenden Firma bereinigt.

**255 Personen
haben Einkommen**
